



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Klimaschutz vernünftig und zielorientiert umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Ausweitung des Europäischen Emissionshandels einzusetzen.

Begründung:

Der Europäische Emissionshandel (EU-ETS) gilt als wichtigster Hebel für den Klimaschutz und der Treibhausgasreduktion in Europa. Der marktwirtschaftliche Ansatz des Zertifikatehandels fördert zum einen Anreize zur Minimierung der Vermeidungskosten und deckelt zum anderen zielgenau den Ausstoß der gesamten Treibhausgasemissionen in Europa. Diese Punkte stellen offensichtliche Vorteile gegenüber einer oftmals geforderten CO₂-Steuer dar.

Allerdings begrenzt sich der Handel mit CO₂-Zertifikaten aktuell auf die Industrie und Energiewirtschaft – sowohl der Verkehrs- als auch der Wärmesektor werden bisher nicht erfasst. Für einen effektiven, vollumfassenden Klimaschutz müssen jedoch auch die restlichen Sektoren konsequent in den EU-ETS einbezogen werden. Kurzfristig sollte dies auf nationaler Ebene erfolgen. Mittel- und langfristig sollten EU-weite Vereinbarungen getroffen und schließlich ein globaler Handel mit weiteren Emissionshandelsystemen eingerichtet werden.

Eine Einbeziehung der beiden Sektoren würde einen Großteil der bisher nicht berücksichtigten CO₂-Emissionen in Europa dem Emissionshandel unterwerfen. Dabei müssen nicht sämtliche Autofahrer und Hausbesitzer Zertifikate erlangen – lediglich die Inverkehrbringer der Kraft- und Brennstoffe, sprich Raffineriebetreiber und Brennstoffimporteure, werden in das System einbezogen.

Über die verbrauchten Kraft- bzw. Brennstoffmengen werden die bei der Verbrennung entstehenden CO₂-Emissionen berechnet und in das bestehende Handelssystem integriert. Die Kosten der Emissionsberechtigungen gehen in die Preise von Produkten und Dienstleistungen ein und werden somit verursachergerecht von den Verbrauchern getragen. Zusätzlich würde ein sektorenübergreifender Zertifikatehandel der bisher etablierten EU-ETS Sektoren aus Industrie und Energiewirtschaft und den neu hinzukommenden Verkehrs- und Wärmesektoren Anreize zur weiteren Minderung der Vermeidungskosten beitragen.

Einnahmen aus dem Emissionshandel können zum einen zur steuerlichen Entlastung der Bürger eingesetzt werden, so z. B. in eine verbrauchsunabhängige Rückvergütung an alle Bürger zur Reduzierung der sozialen Lasten des Klimaschutzes, zum anderen aber auch in die Grundlagenforschung klimaschonender Technologien investiert werden.